

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I. Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Altingasse 12. Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Moralische Glossen über Lebensmittel-verbesserung und Arbeitslohn.

Wenn ein Mensch arbeiten kann und nicht will, — so steht es schlimm um ihn. — Wenn ein Mensch arbeiten möchte und doch keine Arbeit findet, so steht es schlimm um die Gewerbe und die Industrie. — Wenn aber ein Mensch arbeitet und doch nicht so viel verdient, als er zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse gebraucht, dann

„Mit dem arbeitenden Volke geht es wieder nicht gut! — schreibt Thomas Carlyle in seinem Buche „Die französische Revolution!“ — Leider! — denn ihrer sind etwa 20—25 Millionen, die man indeß der Kürze halber in einen einzigen monströsen aber dunklen und fernliegenden Begriff zusammenfaßt und mit dem Namen „Canaille“ oder menschlich gesprochen: „die Masse“ bezeichnet.

Freilich Massen; und doch, wenn man seine Phantasie anstrengt und diesen Massen über das weite Frankreich in ihre Hütten von Lehm, ihre Dachlammern und Kellerhöhlen nachfolgt, so bestehen sie merkwürdigerweise alle aus Einzelnen. — Und wirklich jeder Einzelne von ihnen hat sein eigenes Herz, seine eigenen Sorgen; steht bedrückt da mit seiner eigenen Haut und wenn man ihn sieht — so blutet er!

Das war damals! — Aber auch die „Massen“ von heute, der moderne Arbeiter, er blutet, wenn man ihn sieht — er hungert, wenn er nicht so viel verdient, als zur Beschaffung der Lebensmittel für sich und seine Familie erforderlich ist. —

„Der Arbeitslohn soll ausreichen zur Beschaffung der Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und seine Familie“, das sind die Grundsätze der Nationalökonomie in der Theorie, in ihnen wurzelt die Weisheit der Hüter der Volkswirtschaft. — Doch „grau, theurer Freund, ist alle Theorie“ ruft Goethe; die Hirten der Volkswirtschaftslehre befürworten die Theorie und die Herde? — „Mit der Herde steht es, wie unvermeidlich, schlecht und immer schlechter“ — ruft Thomas Carlyle. „Man hütet, man weidet sie nicht, sie wird nur regelmäßig geschoren“, — das war vor jetzt über 100 Jahren und schon während der französischen Revolution, von der Carlyle spricht, rief ein Volksmann: „Das Volk hat ein Recht auf Brod.“ Mit Recht sagt Heinrich Heine: „Das Leben ist weder Zweck noch Mittel; das Leben ist ein Recht; das Leben will dieses Recht geltend machen, gegen den erstarrten Tod, gegen die Vergangenheit“ und diese Geltendmachung ist die wirtschaftliche Bestrebung der Neuzeit. —

„Der elegische Indifferentismus der Historiker und der Poeten soll unsere Energie nicht lähmen bei diesem Geschehniß“, sagt Heine weiter „und die Schwärmer der Zukunft soll uns nicht verleiten, die Interessen der Gegenwart und das zunächst zu verachtende Menschenrecht, das Recht zu leben, aufs Spiel zu setzen“. — „Le pain est le droit du peuple“ sagte Saint Just und das ist das größte Wort, das in der ganzen Revolution gesprochen wurde.

Überall, nicht nur in einem Kulturlande, hat jeder Mensch das Recht zu leben; dazu gehört, daß ihm die Möglichkeit nicht abgeschnitten wird, seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen. „Unser tägliches Brod gib uns heute“, ward uns gelehrt zu beten und Luther hat dies dahin verdolmetscht: „Alles, was zur Lebensnahrung und Nothdurft gehört, als Essen, Trinken, Haus, Hof, Ader, Vieh, Geld, Gut usw. usw.“ Alle bitten um dies tägliche Brod, aber unter dem Schlagworte „Schutz der Landwirtschaft“ scheut man sich nicht unter Christenmenschen die Lebensmittel zu verbauern. — Nicht nur das Brod, sondern auch Fleisch, Eier, Butter, Milch sollen zur Förderung der Landwirtschaft verbauert werden und der Arbeiter wird diese Dinge in Zukunft als Luxusartikel betrachten müssen.

Warum? Sehr einfach — aus dem Grunde, weil die Arbeitslöhne nicht in gleicher Weise steigen, wie die sich steigenden Preise der Lebensmittel. Schon jetzt langen die knappen Mittel des Arbeiters kaum aus, wie erst, wenn dieser „Schutz der Land-

wirtschaft“ ins Leben tritt. — In einer Zeit, wo die Unternehmer ihre Industriewerksstätten schließen, wo infolge der Geschäftskrisen die Arbeitsgelegenheit sich von Woche zu Woche vermindert, in einer Zeit, wo infolge der Arbeitslosigkeit Hunger und Elend, Entbehrung und zerrüttender Mangel an die Thüre des feiernden Arbeiters klopfen, spiegelt sich in dem Vorgehen des Agrariertums eine Begehrlichkeit wieder, die fast an Vergewaltigung grenzt. — Der „Schutz der Landwirtschaft“ bedeutet in diesem Falle die Schutzlosigkeit des Lohnarbeiters, welcher nach den Auslassungen volkswirtschaftlicher Autoritäten nicht im Stande ist, eine Steigerung der Lebensmittelpreise zu ertragen.

Professor C. Leisewitz in München hat in einer sehr eingehenden Arbeit diese Frage geradezu verneint und auch ein anderer Münchener Nationalökonom, Paul Rombert, hat im Verlage von Fischer in Jena eine Schrift veröffentlicht, in der er genaue Zahlen über die Belastung der Arbeiterschaft durch die Schutzzölle, wie sie geplant sind, giebt.

Ein großer Theil des Arbeitseinkommens wird bereits durch die sich stetig steigenden Wohnungsmiethen absorbiert; es ist dies bereits mehr als der vierte Theil des Einkommens des Lohnarbeiters. Es geht dies schlagend hervor aus einer Tabelle, welche in Nr. 200 des „Vorwärts“ v. J. zum Gedruckt gelangte, und welche hier wiedergegeben sei. Danach betrug die Wohnungsmiethen im Verhältnis zum Jahreseinkommen z. B. in nachstehenden Orten:

Table with 3 columns: Orte, Jahres-Einkommen, davon für Miete. Lists cities like Gleiwitz, Alsenstein, Nowotzlaw, etc.

Diese Zahlen geben zu denken, wo bleibt da der Magen und seine Bedürfnisse? — Wie aber erst, wenn es den Agrariern gelingt, den „Brodkorb noch höher zu hängen?“ Wie, wenn sich die Krise verschärft und die Arbeitsgelegenheit noch mehr vermindert wird? Wo bleibt das „Recht auf Brod“, wenn es dem Produzenten anhängig bleibt, welchen Preis sie fordern dürfen, unbekümmert um die Bedürfnisse des Arbeiters. — Der Arbeitslohn soll ausreichen zur Beschaffung der Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und seine Familie. — Wer wird diesem nationalökonomischen Grundsatz Geltung verschaffen? Etwa die Agrarier, indem sie höhere Arbeitslöhne bewilligen für ihre Landarbeiter, um dadurch den Arbeitsmarkt der Industrie zu entlasten? — Wo wird der Ueberfluß, der aus den erhöhten Lebensmittelpreisen entfließen wird, die erhöhte Einnahme an barem Gelde bleiben, wird davon jemals etwas in die Tasche des Lohnarbeiters zurückfließen? Vor der Hand wenigstens nicht, die Löhne werden für absehbare Zeit kaum steigen, denn die Konkurrenz drückt auf den Arbeiter und die gefüllten Läger und Magazine erheischen keine neuen Arbeitskräfte. Die Arbeitslosigkeit wird sich nicht mindern, so lange die heutige Produktionsweise bestehen bleibt und die Arbeitslöhne werden unter dem Druck jener Arbeitswilligen, die um Brod streben, sich senken müssen, wenn die Organisationen der Arbeiter nicht mächtig genug sind, das Unternehmertum im „Schach zu halten“, ihnen gleich den Agrariern die Preise für ihre Arbeitsleistung zu diktieren. Dies ist nur möglich, wenn alle Lohnarbeiter sich den Organisationen anschließen, und sie desselben Schutzes sich erfreuen, wie jetzt die „darbende Landwirtschaft“. Hohe Lebensmittelpreise sind durchaus bedeutungslos für den Arbeiter, wenn der Arbeitslohn im

gleichen Verhältnis steht zu jenen Preisen, ja sie können sogar kulturfördernd wirken, indem das „schimmelige Geld“ der Nichtproduzenten, der von der Arbeit Anderer lebenden Individuen unter die Leute kommt. Bei niedrigen Arbeitslöhnen jedoch muß eine solche Lebensmittelverbesserung für den Lohnarbeiter geradezu verhängnisvoll werden. Sie zwingt ihn zur Herabsetzung seiner Lebenshaltung und ist zunächst kulturfördernd. Die Magenfrage ist aber nicht nur eine Kulturfrage, sie ist auch eine Lebensfrage, vor Allem eine Gesundheitsfrage. Eine schlecht genährte Bevölkerung geht nicht nur in sittlicher Beziehung zu Grunde, sie kann auch nicht widerstandsfähig bleiben im Kampf ums Dasein, ebenso kann sie keine Grundlage bieten, für eine soziale Macht. Gesundheit und Moral müssen in einem Lande sinken, in dem nur noch die Kartoffel für weite Kreise der Bevölkerung als Nahrungsmittel in Betracht kommt. Mit Recht sagt J. George in seinen „Soziale Probleme“: „Der soziale Fortschritt macht die Wohlfahrt aller, mehr und mehr zur Angelegenheit eines Jeden; er bindet alle enger und enger zusammen in Banden, aus denen keiner enttrinnen kann. Wer das Gesetz und den Anstand beobachtet, und für seine Familie sorgt, aber keinen Antheil an dem allgemeinen Wohle nimmt und sich nicht um die Misbegünstigten und Hungernden bekümmert, außer, daß er ihnen dann und wann ein Almosen verabreicht, der ist kein wahrer Christ. — Er ist auch kein guter Bürger.“

Aus alter und neuer Zeit!

I.

Eine nie rastlose Thätigkeit unserer Mitglieder soll die Aufklärungsarbeit unter unseren moralisirenden Kollegen sein. Denken wir uns einmal in die Lage unserer ausgeleiteten Kollegen versetzt. Ueberwiegend als Söhne von Landleuten, kommen diese jungen Leute in die Stadt als Lehrling. Sind sie nun schon vollgepfropft von Religion, so ist es dem Bäckermeister ein Leichtes, den jungen Menschen, den er sich auf 3 Jahre erschaffen hat, allmählich das Gift der Reaktion einzupumpfen. Jeder Streik einer Arbeitergruppe wird ihm als verächtlich gegen Staat und Religion hingestellt, jedermann, der eine andere Gesinnung zeigt, als der ehrwürdige Meister, ist ein Sozialdemokrat, jeder Agitator unseres Verbandes ein Lump. Hat nun der betr. Lehrling ausgelernt, so muß er, wie es in vielen Städten üblich ist, selbstverständlich seinem Dufelverein angehören. Hier fällt er gar oft noch in die Hände unserer sogenannten Aucht Kollegen, jenen Bannbrüder, deren Hauptbestreben darin besteht, die jungen Kollegen den Meistern, die zum großen Theile dem Verein als sogenannte Ehrenmitglieder angehören, als billige und willige Ausbeutungsobjekte anzuliefern, den Bestrebungen unseres Verbandes aber trotzig gegenüberstehen zum Schaden unseres ganzen Gewerbes. So zeitigen sich bei unseren jungen Kollegen schon früh die verschiedensten Vorurtheile, welche gegen ihre ureigensten Interessen verstoßen, für unsere Bewegung aber ein Hemmschub bilden; denn nach seiner Ansicht bedeutet jede Verbesserung unserer Lage in Gemeinschaft seiner Kollegen den Umsturz des ganzen Meisterstandes.

Aber die Geschichte lehrt uns ja, daß die Lohnbewegungen aus unseren wirtschaftlichen Verhältnissen resultieren. Die Uebervertheilung eines Menschen durch den anderen hat schon früh genug Unzufriedenheit gezeitigt, ja, es erscheint gewiß nicht zu gewagt, wenn man annimmt, daß Unzufriedenheit existirt, so lange es überhaupt Herren und Knechte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer je gegeben hat. Galt ja vor alter Zeit die Arbeit eines Freien (Aeligen) für unwürdig und man überließ sie den Sklaven und Hörigen, denen man gewiß nicht den Lohn zukommen ließ, den sie verdienten. Arbeitseinstellungen hat es aber schon vor Jahrhunderten gegeben und hauptsächlich die Geschichte des Mittelalters ist reich an Handwerkerkämpfen, wo man also noch nichts von Politik bezw. Sozialdemokratie kannte.

Mit der Konzentration der Gewerbe in die Städte hatte sich allmählich die Umwandlung der hörigen Handwerker in einen freien Stand vollzogen. Von einem eigentlichen Gesellschaftstand konnte damals freilich nicht die Rede sein. Es liegt vielmehr die Wahrscheinlichkeit nahe, daß jeder Ausgelernte sein Handwerk selbstständig zu treiben begann. Stand ihm ja doch kein Hinderniß im Wege, man benötigte nicht erst ein großes Kapital und konnte anfangen, wann und wo man wollte. Später erst mußte sich nothwendigerweise dieses Bild ändern.

Mit dem Aufblühen der Gewerbe und der Erweiterung des Absatzgebietes desselben trat die Nachfrage nach Arbeitskräften immer mehr hervor. Dieses bewirkte einen härteren Zugang der Hörigen nach der Stadt, welches den Meistern ermöglichte, sich 2—3 und mehrere Gesellen (Handwerkstnechte)

herabdrückte. Gegen diese Stellenvermittlung wurden die Arbeiter klagbar. Die Genossenschaft leistete aber nicht nur keine Abhilfe, sondern verfolgte noch obendrein jene Gehülften gerichtlich, welche die Abhilfe anstrebten. Die Behörde sprach jedoch damals die Angeklagten frei, weil es erwiesen wurde, daß thatsächlich nur jene Arbeiter eingestellt wurden, welche das Meiste für die Arbeitsvermittlung bezahlten. Die Entrüstung, welche die gegenwärtigen Angeklagten zu Aufschreitungen führte, war vom Glend herborgerufen, an welchem die Genossenschaft den Löwenanteil hat. Aus den Zeugnisaussagen war nicht zu entnehmen, daß die Angeklagten die Täter waren. Aus einzelnen Aussagen leuchtet die Voreingenommenheit gegen die Angeklagten. Er bittet um einen Freispruch.

Die anderen Verteidiger sprachen in gleichem Sinne. Von den vier Angeklagten wurden drei zu je sechs Wochen, der vierte wegen Gewaltthätigkeit gegen die Behörde zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Nachdem die Untersuchungshaft in der Strafe eingerechnet ist, werden die ersten drei am 15. d. M. aus der Haft entlassen. Der vierte appellirte und wurde auf Ansuchen des Verteidigers auf freiem Fuße belassen.

Hier dasselbe Beispiel, was sich schon so oft und heute noch täglich bei den Arbeitsnachweiser unserer deutschen Bäderinnungen, besser Maßregelungsbüreaus, wiederholt! Durch gemeinliche Drangsalirung und Auspöwerung der Arbeitslosen treibt man diese zur Verzweiflung; der Staatsanwalt muß selbst anerkennen, „daß an den Arbeitern eine Rechtsberührung begangen wurde und ihre Entrüstung berechtigt war“ und anstatt für Abhilfe in den Mißständen der Arbeitsvermittlung zu sorgen, greift man einige, der durch Verzweiflung zum Außersten Getriebenen heraus und verurtheilt sie auf die Aussagen einiger unzuverlässiger Zeugen hin zu schweren Gefängnisstrafen! — Daß bei uns derartige Standalzen in den Arbeitsnachweiser der Innungen nicht an der Tagesordnung sind, haben die Innungen nicht etwa weniger Mißständen, sondern nur dem ruhigeren Temperament der Kollegen zu verdanken!

Der 5. Verbandstag der Arbeiter in der Lebensmittel-Industrie Oesterreichs ist zum 22. und 23. Juni nach Wien einberufen. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Wahl einer Mandats- und Antragsprüfungskommission. 2. Bericht des Verbandsvorstandes und der Kontrollkommission. 3. Errichtung einer Union der Lebensmittelarbeiter, eventuell Auflösung des Verbandes und Gröndung von Reichsvereinen einzelner Branchen. 4. Regelung der Unterstützungszweige: a) Arbeitslosenunterstützung; b) Reiseunterstützung; c) Krankenunterstützung. 5. Anträge und Anfragen, die in den obigen Punkten nicht enthalten sind. Der Vorstand unseres Bruderverbandes bemerkt zum wichtigsten Punkt der Tagesordnung: „Der Verband in seiner gegenwärtigen Form hat sich als praktisch unzulänglich erwiesen, und es ist ein unabwiesbares Gebot, eine gründliche Reorganisation desselben vorzunehmen. Der Verbandstag wird darüber zu entscheiden haben, ob der gegenwärtige Verband in eine Union der Lebensmittelarbeiter umgewandelt oder aufgelöst und an seiner Stelle Reichsvereine einzelner Branchen errichtet werden sollen. Ob sich aber nun die Delegirten für eine Union der Lebensmittelarbeiter oder für Reichsvereine einzelner Branchen entscheiden, in beiden Fällen muß richtunggebend voranschauen: einheitliche Statuten, eine einheitliche Geschäftsordnung, einheitliche Beiträge, Einheitlichkeit in den Beiträgen, sowie Rechten und Pflichten über ganz Oesterreich, denn nur so kann Ersprießliches geleistet und die Werbetaft und Widerstandsfähigkeit der Organisation erhöht und befestigt werden.“

Wir wünschen, daß es gelingen möge, diese tief einschneidende organisatorische Frage dort zum Besten aller Beteiligten zu lösen und was besonders in jeder Organisation nothwendig ist, die von der Verbandsleitung erkante Einheitlichkeit in den Beiträgen, sowie Rechten und Pflichten aller Mitglieder herbeizuführen!

Die Bäderarbeiter Frankreichs haben vor Kurzem einen Konflikt abgehalten, auf dem folgendes Programm beschlossen wurde: Ausschluß der Parteipolitik; Annäherung genossenschaftlicher Unternehmungen mit den Gewerkschaften; gewerkschaftliche Schulen für Bäder; einkündigen Arbeitslohn, abwechselnd einen freien Tag in der Woche; Abschaffung der Nachtarbeit; Nachschauinspektion durch die Sanitätsbehörden; Unfallversicherungsgesetz; veränderte Zusammensetzung der Arbeitsräthe (eine Art Schiedsgerichtsbehörde) und gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises.

Lohnbewegung der Bäder in Göteborg (Schwed.-n). Seit längerer Zeit fanden zwischen den Vertretern der Bäderbesitzer und Meister in Göteborg Verhandlungen zur Aufstellung eines neuen Tarifs statt. Wie am letzten Freitag von dort gemeldet wurde, sind die Verhandlungen gescheitert. Die Meister drohen mit einer allgemeinen Auspöwerung.

Genossenschaftliches.

Konsumverein Löttau contra „Handlungsgehülften-Blatt“. Wir gaben in voriger Nummer eine Meldung der „Konsum-Genossenschafts-Korrespondenz“ wieder, nach welcher in einer Versammlung der Verwaltung und Angestellten des Vereins Löttau drei Personalassistenten gewählt, sodann die auch von uns im Auszuge gebrachten Mittheilungen des „Handlungsgehülften-Blattes“ über den Konflikt mit den Verkäuferinnen abschließend beurtheilt wurden. Heute schreibt das „H.-G.-Bl.“, daß dem Bevollmächtigten der Dresdener Handlungsgehülften und -Gehülftinnen, der sich zu den Verhandlungen eingefunden hatte, erst persönlich durch den Geschäftsführer des Konsumvereins, dann auf Beschluß der Verwaltung der Zutritt verweigert wurde. Eine solche Maßnahme der Verwaltung ist uns unverständlich, jedenfalls ist dieser Bevollmächtigte der Handlungsgehülften auch der Berichtsführer über diese Angelegenheit an sein Fachblatt gewesen und mit diesem zusammen würde wohl eine Aussprache betr. Versammlung den Streit zu Ende geführt haben. In einer langen Berichtigung bringt nun in obigem Blatte die Verwaltung des Konsumvereins zunächst die Mittheilung, daß bereits Oktober 1900, ein halbes Jahr bevor sich die Verkäuferinnen organisierten, der Beschluß gefaßt worden war, keine Arbeitsnachweiser mehr, sondern nur Verkäuferinnen anzustellen und denen die Reinhaltung der Geschäftskassisten zu übertragen. Die Verlegung des freien halben Tages pro Woche auf Vormittage will die Verwaltung nicht als eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gelten lassen und protestirt im Uebriegen gegen die scharfen Ausdrücke des Handlungsgehülftenblattes. Das Aufsichtsrathsmitglied Meißner berichtet, daß Verkäuferinnen zugunsten zu haben, als Edemerkfrauen und Aemterkinder zu sein, ebenso daß er die Agitation der Verkäuferinnen bekämpft habe. Die von ihm gebrauchten Worte:

„Wenn der Vertrag nicht paßt, braucht bei uns keine Stellung zu nehmen“, will Meißner nicht auf die Verkäuferinnen angewandt und diese Worte auch sofort in der Versammlung anders definiert haben.

Demgegenüber hält das „Handlungsgehülftenblatt“ alle die von ihm vorgebrachten Thatsachen aus dem Streite aufrecht und betont ausdrücklich:

„Lange genug hat sich unsere Organisation bemüht, durch gütliche Verhandlung die Wünsche der Verkäuferinnen zu verwirklichen, um die ihnen drohende Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Erst nachdem alle Versuche sich als vergeblich erwiesen hatten, als man uns brüst zurückwies, als man erklärte, man lehne jede weitere Verhandlung ab —, erst da beschritten wir, dem Zwang gehorchend, den Weg der Definitivität. Das stellen wir hiermit im Interesse der historischen Wahrheit nochmals ausdrücklich fest, da bereits versucht wird, den Spieß umzudrehen und uns als die Friedensstörer hinzustellen, obwohl diese lediglich auf der Jenseite zu suchen sind.“

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei, G. G. m. b. H., hielt ihre Generalversammlung ab. Der Umsatz, der sich im letzten Jahre um 27 000 M vermehrt hat, betrug 422 329 M 95 S. Es wurde ein Reingewinn von 25 271 M 62 S erzielt, davon wurden abgeschrieben 10 433 M 70 S, so daß ein Netto-Reingewinn von 14 838 M 48 S verblieb. Es sollen 20 pSt. Dividende vertheilt werden. 2000 Brode á 50 S sollen an Arbeitslose vertheilt werden. In der Mühle der Bäckerei wurden im letzten Jahre 32 000 Ead Getreide vermahlen. — Die „Günterische“ Zeitung hängt diesem Bericht folgende Bemerkung an: „Die Leistung für die Arbeitslosen ist von der hiesigen Hansa-Dampfbrotfabrik des Herrn Junge, einem bürgerlichen Unternehmen, dadurch schon wesentlich übertroffen worden, daß diese Firma bereits seit Anfang Januar jedem Arbeitslosen, der 14 Tage ohne Beschäftigung war, das Brod zum halben Preise lieferte.“ Wenn eine Genossenschaft darauf rechnete, es diesem Blatte recht machen zu wollen, so würde sie nie Gelegenheit dazu finden!

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Dresdener Kolonialwaarenhändler beschloß, eine Dampfbäckerei zu errichten und in Betrieb zu setzen. Die Bäckerei soll nach der neuesten Konstruktion, wie sie der Zeitzeit entspricht, wie mit allen hygienischen Einrichtungen hergerichtet werden.

Der Konsumverein für Arnstadt hielt am 8. Februar seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl beträgt 300, der Umsatz 203 033,70 M, die Lasten 17 133,16 M; die ausgezahlte Dividende beträgt 10 Prozent = 19 817,74 M. An Reserven hat der Verein Mitglieder-Anteile 19 355,32 M; Reservelohn 6062,95 M; Haus-Amortisationskonto 3165,30 M. Die beiden Grundstücke des Vereins stehen zu Buch mit 71 792,88 M; belastet sind dieselben mit 56 000 M Hypotheken. Der Verein geht zur Gründung einer eigenen Bäckerei überzugehen. Die Verwaltung stellte den Antrag, den Geschäftsanteil um 10 M zu erhöhen, um Baarmittel zur Verfügung zu haben und die Bäckerei nicht zu hoch mit Hypotheken zu belasten. Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Der Konsumverein Harburg, Wilhelmshurg und Umgebung zu Harburg berichtet über sein 37. Geschäftsjahr. Wie kein zweiter Verein in Deutschland ist der Harburger Verein das Ziel der gegnerischen Angriffe; glücklicher Weise haben die Angriffe das Gegenheil der gewollten Wirkung erzielt. Im Bericht heißt es: „Obgleich die Feinde unserer Konsumgenossenschaft die niederträchtigsten Mittel angewendet haben, um die Genossenschaft zu Grunde zu richten, so hat das verständigste Geschäftsjahr der Genossenschaft dennoch wieder ganz beachtliche Erfolge gebracht. Ansehnlich durch das schamlose Vorgehen unserer Gegner, hat nicht nur ein großer Theil unserer Mitglieder, sondern insbesondere auch die Verwaltung eine recht lebhaftes Werbetätigkeit für die Genossenschaft entfaltet. Diese Thätigkeit hat der Genossenschaft viel neue Mitglieder aus der Arbeiterschaft zugeführt. Die Genossenschaft wird auch fernerhin nicht nur alle weiteren feindlichen Anschläge der Gegner mit Kraft und Ausdauer zu pariren wissen, sondern diese Anschläge dazu benutzen, in noch weitere Kreise Aufklärung über den Werth des genossenschaftlichen Zusammenschlusses hinein zu tragen.“ Der Umsatz stieg von 303 208 M auf 375 173 M. Von dem Gesamtverluste entfielen auf die Bäckerei 105 528 M und gegen 92 567 M im Vorjahre; der Geschäftsgewinn betrug 22 932 M.

Soziales.

Eine fürchterliche Statistik ergibt die seit Inkrafttreten der Unfallversicherung sich bietende Uebersicht über die Zahl der Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit. Es wurden, abgesehen von den Baugewerks-Verunglückten (1), infolge von Betriebsunfällen

	getödtet	erwerbsunfähig gemacht		vorübergehend
		völlig	theilw.	
im Jahre 1886	2716	1778	3961	2085
" " 1887	3270	3166	8462	2204
" " 1888	3645	2203	11023	4186
" " 1889	5185	2882	16337	6615
" " 1890	5958	2687	22615	10166
" " 1891	5346	2561	27788	13812
" " 1892	5811	2640	30549	15897
" " 1893	6245	2487	36236	18906
" " 1894	6250	1752	38052	21723
" " 1895	6335	1668	40527	25937
" " 1896	6989	1524	44373	32386
" " 1897	7287	1452	46489	37943
" " 1898	7848	1109	47704	40033
" " 1899	7999	1297	51210	44275
" " 1900	8449	1396	51111	45521
Zusammen:	90333	30566	477447	317649

Man beachte die Steigerung! Insgesamt wurden bei 454 341 Betriebsunfällen, die allein das Jahr 1900 brachte, 8567 getödtet, 1290 wurden dauernd und völlig erwerbsunfähig und 51 700 dauernd theilweise erwerbsunfähig. Weitere 45 988 Betriebsunfälle führten zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, die aber zum Theil auf Jahre sich erstreckte. Die Geschädigten des einen Jahres hinterließen 17 216 Wittwen, Kinder und sonstige Angehörige.

In 15 Jahren wurden also 90 333 Arbeiter getödtet und 30566 zu vollständigen Krüppeln gemacht. Die Summe der ganzen Opfer beträgt über 915 000.

Der 70er Krieg gilt als besonders blutig. Nun weißt! In dem ganzen Jahre fielen auf deutscher Seite 1758 Offiziere und Militärbeamte, sowie 47 320 Unteroffiziere und

Soldaten. Sie blieben todt auf dem Schlachtfelde oder starben an Wunden oder Krankheiten. Auch das sind zweifelloß fürchterliche Zahlen. Wie weit aber bleiben sie zurück hinter den deutliche Arbeiter getödtet werden, Jahr auf Jahr ohne Unterlaß und mit immer steigender Schrecklichkeit. Was wollen aber die trodenen Zahlen allein besagen? Man stelle sich nur auch all das feilliche, physische und wirtschaftliche Leid und Elend vor, das hinter diesen Zahlen sich verbirgt! Wie unwürdig, ja wie roh und brutal ist es demgegenüber, wenn seitens der bürgerlichen Presse mit den Zahlen gepöbelt wird, die für die gezahlten Entschädigungen aufgeführt werden können. Bezahlen kann das Kapital, in dessen Diensten die Arbeiter getödtet und zu Krüppeln gemacht werden, überhaupt nicht. Was gezahlt wird, ist nur eine geringfügige Entschädigung.

Eine Arbeitslosenzählung, welche die Gewerkschaften in Hannover Anfangs Dezember vornahmen, ergab 3590 Arbeitslose. Davon waren 2134 verheirathet und 1406 ledig. In welcher kolossaler Weise die Arbeitslosigkeit seit dieser vor zwei Monaten vorgenommenen Arbeitslosenzählung zugenommen hat, dafür liefert die vom Gewerkschaftsrath erneuert aufgenommene Statistik den deutlichsten Beweis. Die beiden zusammengestellten Listen des Rathes weisen nämlich diesmal 5734 Unterschriften auf! Dazu kommt, daß noch eine Anzahl Listen ausliegt, so daß mit Bestimmtheit zur Zeit weit über 6000 Arbeitslose in Hannover sind. Von den in die Listen der Arbeitslosen Eingetragenen sind 3752 verheirathet und 1982 unverheirathet. Prozentual hat also die Arbeitslosigkeit bei den Verheiratheten bedeutend stärker zugenommen als bei den Unverheiratheten.

Die Arbeitslosen in Berlin. Die von der organisierten Arbeiterschaft in Berlin vorgenommene Arbeitslosenzählung für alle sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise hat folgendes Bild ergeben:

	Arbeitslos	Beschränkte Arbeitszeit	Krank und inval.
1. Wahlkreis	832	393	254
2. Wahlkreis	6339	4165	1596
3. Wahlkreis	3220	2410	844
4. Wahlkreis	19473	14256	5505
5. Wahlkreis	3549	1647	469
6. Wahlkreis	25742	19851	7017
Nachträglich gemeldet aus allen Kreisen	387	211	63
Summa:	59542	42933	15748

Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Resultat: Als wir im November vorigen Jahres auf Grund des damals vorliegenden Materials die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf 50 000 schätzten, wurde sowohl in der bürgerlichen Presse als auch von behördlichen Organen diese Zahl als viel zu hoch bezeichnet. Sichere Zahlen über die Arbeitslosigkeit konnte man auf jener Seite allerdings auch nicht anzugeben, aber man fühlte sich doch veranlaßt, diese Ausbehnung des von uns ermittelten Elends abzuleugnen. Wir wären erfreut gewesen, wenn jene Stimmen, die unsere Angaben als übertrieben bezeichneten, Recht behalten hätten. Leider ist das nicht der Fall. Das Elend der Arbeitslosigkeit ist noch größer, als wir es im Herbst angesehen haben, und unsere damalige Schätzung ist durch das nunmehr vorliegende zuverlässige Material der Zählung noch weit übertroffen. Allein in Berlin, ohne die Vororte, sind 59 542 völlig Arbeitslose ermittelt, neben 42 633 Personen, deren Erwerb durch Arbeitsmangel beschränkt ist und 15 748, die wegen Krankheit nicht arbeiten können. Das sind wahrhaft erschreckende Zahlen. Mit sämtlichen Vororten stellt sich folgendes Resultat heraus: Arbeitslos 76 029, beschränkte Arbeitszeit 52 501, krank und invalid 19 239.

Versammlungs-Berichte.

Beschluß des Verbandstages in Mainz: Versammlungsberichte sind in Zukunft möglichst aus dem Fachblatt fernzubalten und wird die Redaktion ermächtigt, nur kurze Berichte über wichtige, allgemein interessirende Sachen aus den Mitgliedschaften im Fachblatt aufzunehmen, sowie unwichtige Ausführungen örtlicher Angelegenheiten aus den Versammlungsberichten zu streichen; Auszüge aus den Referaten dürfen in den Versammlungsberichten nicht gebracht werden. Liegt in solchem Referat eine neue Anregung, so soll dieselbe in einem redaktionellen Artikel ausführlich behandelt werden. — Aufforderungen zum Versammlungsbesuch oder zur regelmäßigen Beitragszahlung und Pflichterfüllung in der Organisation an die Mitglieder einzelner Städte werden im Fachblatt nicht mehr aufgenommen, da es unnötige Raumvergeudung ist, in verschiedenen Nummern des Blattes fast dieselben Aufforderungen an die Mitglieder verschiedener Städte zu richten, worin die Leser im allgemeinen kein Interesse haben. Die Einforderung solcher Aufrufe sind darauf zu verweisen, daß es bedeutend billiger und wirkungsvoller in der Agitation ist, wenn Handzettel gedruckt und an alle Kollegen des betreffenden Ortes verbreitet werden.

Wenn wir aus Anlaß der Haupt-Versammlungen der Mitgliedschaften im Januar und Februar eine Ausnahme gemacht und alle Berichte über diese Versammlungen gebracht haben, so müssen doch in Zukunft alle Berichte, die kein Interesse für die Definitivität bieten, in den Papierkorb wandern. Das ist bereits geschehen mit Versammlungsberichten von Essen a. R. und Plauen i. Vogt.

Dresden. Am Donnerstag, den 6. Februar, hielt die hiesige Mitgliedschaft des deutschen Bäderverbandes ihre diesjährige Generalversammlung im Vereinslokal ab. Der Vorsitzende gab einen längeren Geschäftsbericht über das verfloßene Jahr. Aus demselben war zu ersehen, daß die Mitgliedschaft im vergangenen Jahre 13 Mitglieder, sechs öffentliche und drei Bäderverwaltungen veranfaßte. In diesen Versammlungen referirten 4 Vertreter anderer Gewerkschaften und 3 auswärtige Kollegen. Von der hiesigen Mitgliedschaft wurden viermal nach Pirna, dreimal nach dem Rauenstein Grund, zweimal nach Baugen und einmal nach Jitzau Referenten zu Versammlungen geschickt. Ebenso wurden zwei Kollegen zur Verbreitung von Versammlungs-einladungen nach Meissen und Umgebung geschickt. Außerdem hatte der Vorstand in 30 Sitzungen allerhand zu regeln. Nach kurzer Aussprache wurde dieser Bericht für richtig erklärt. Es folgte darauf der Kasbericht vom Monat Dezember, der geprüft und richtig befunden war. Die Jahresrechnung für 1901 ergab folgendes Resultat: eingetretene sind im Laufe des Jahres 226 Mitglieder, abgegangen durch Abreise, Austritt und Ausschluß 224, so daß ein Mitgliederbestand von 189 am Jahresende verbleibt. An Einnahme wurde erzielt: für die Hauptkassa 1437,70 M, für die Lokal-kassa 150,00 M, Kassenbestand von 1900 152,43 M, Summa 1740,13 M; die Ausgaben betragen insgesamt 1470,68 M, demnach verbleibt ein Kassenbestand von 269,45 M. Darauf

